Johannes Schraps.

SPD

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 2/2022
28. Februar

Solidarität mit der Ukraine.
Nein zu Putins Krieg.
Frieden jetzt!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

es fällt nicht leicht in diesen Tagen einen Newsletter zu versenden. Der Angriff Putins auf die Ukraine ist eine historische Zäsur und das Ende für die europäische Friedensordnung so, wie wir sie aus den vergangenen Jahrzehnten kennen. Wir sehen einen Angriffskrieg in Europa, mit dem Putin sich selbst zum Kriegsverbrecher macht. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Diese Tage sind dunkle Tage für Europa und furchtbare Tage für die Ukraine. Die schlimmen und verstörenden Bilder aus der Ukraine sind für uns alle beklemmend und sie machen uns Angst. Sie lösen in uns Gedanken und Gefühle aus, die viele von uns so gar nicht kennen oder schon sehr sehr lange nicht mehr erleben mussten. Für die Menschen in der Ukraine sind Krieg, Zerstörung und Tod spätestens jetzt zur bitteren Realität geworden. Wir sind schockiert und wütend. Uns macht fassungslos und traurig, mit welcher Gleichgültigkeit, Brutalität und Aggression Russlands Präsident Putin sämtliche friedvolle und diplomatische Versuche für eine Lösung des Konflikts leichtfertig vom Tisch gefegt hat und damit den Krieg nach so vielen Jahrzehnten des Friedens zurück nach Europa bringt.

Wir fordern Putin eindringlich auf, den Krieg zu beenden und die russischen Truppen sofort aus der Ukraine zurückzuziehen. Unsere Solidarität und Unterstützung gehört der Ukraine! Als westliche Demokratien müssen wir sehr geschlossen und schnell handeln. Wir sind überzeugt, dass die Bundesregierung und Olaf Scholz alles dafür tun werden, was in unserer Macht steht, um deutlichste Signale an das russische Regime auszusenden. Wir müssen und werden dafür sorgen, dass die russische Regierung einen hohen Preis dafür zahlt. Weitgehende massive Sanktionen sind unvermeidbar.

Wir sehen einen klaren Unterschied zwischen der russischen Regierung und den russischen Bürgerinnen und Bürgern, die unter Repressionen leben. Die russischen politischen Eliten sind aber die ersten, die unter den Sanktionen zu leiden haben. Und wir müssen alles in unserer Kraft tun, um den Frieden in Europa wiederherzustellen. Mit diesem Wendepunkt in der europäischen Geschichte sind Geister der Vergangenheit wieder da, von denen wir alle gehofft hatten, dass sie hinter uns liegen. Umso entschlossener sind wir Freiheit und Demokratie mit allem zu schützen und zu verteidigen. Auch der Deutsche Bundestag kam gestern zu einer Sondersitzung in Berlin zusammen. Die Regierungserklärung von Olaf Scholz findet Ihr hier: https://dbtg.tv/cvid/7534030
Auch wenn wir gerade mehr an die Menschen in der Ukraine denken als an andere Dinge, möchte ich Euch mit diesem Newsletter über meine Aktivitäten der letzten Wochen berichten.

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Wahl des Bundespräsidenten
Seite 3 — Antrittsbesuch bei Dominik Petters
— Antrittsbesuch bei Dirk Barkowski
Seite 3 — Austausch in der HAWK Holzminden
— Fragen an Bundesfinanzminister Lindner
Seite 5 — Gespräch mit Matthias Weber vom ENRS
— Treffen mit ifa-Generalsekretärin Zschoch
Seite 6 — Themenüberblick Bundestag
Seite 7 — Besuch bei der Hamelner Tafel
Seite 8 — Gespräch mit Marja-Liisa Völlers bei der Agentur für Arbeit in Hameln

Ihr findet mich auch bei:

WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Das war wirklich etwas ausgesprochen besonderes: Zum ersten Mal durfte ich an der Wahl eines Bundespräsidenten und somit an der Bundesversammlung teilnehmen. Die 17. Bundesversammlung umfasste insgesamt 1.472 Mitglieder. 736 davon sind Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Die andere Hälfte stellen Wahlfrauen und Wahlmänner aus den Länder-Parlamenten und aus der Zivilgesellschaft. Mit dem einen oder anderen bekannten Gesicht habe ich ein Foto gemacht, von denen ich hier ein paar mit euch teilen möchte. Mir war es eine große Ehre und ein ganz besonderes Erlebnis bei der Bundesversammlung meine Stimme abgeben zu dürfen. Ich bin überzeugt, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier genau den richtigen Bundespräsidenten in diesen für uns alle so schwierigen Zeiten haben. Alles Gute für die nächsten Jahre, lieber Frank-Walter!

AUSTAUSCH MIT BÜRGERMEISTER DOMINIK PETTERS IN EMMERTHAL

Ausgezeichneter Austausch fand mit dem neuen Bürgermeister der Gemeinde Emmerthal statt. Mit Dominik Petters habe ich zahlreiche Themen besprochen, die in den kommenden Jahren für die Kommune relevant sind. Ich freue mich, dass ich der Gemeinde bereits in der Vergangenheit bei vielen Projekten, wie der denkmalgerechten Sanierung vom Schloss Hämelschenburg, der Bewilligung vom Fördergeldern für die Sanierung der Bezirkssportanlage im Rahmen des „Projektes Emmerspitze“ oder mit Bundesförderung für den Gedenk- und Dokumentationsort Bückeberg, unterstützend zur Seite stehen konnte. Auch in Zukunft wird es eine enge und vertrauensvolle Arbeit mit dem neuen Bürgermeister geben.

GESPRÄCH MIT DIRK BARKOWSKI IN BAD MÜNDER

Auch mit dem neuen Bürgermeister der Stadt Bad Münder, Dirk Barkowski (parteilos) habe ich mich in den vergangenen Tagen zu einem ersten Austausch getroffen. Vielen Dank für das konstruktive Gespräch und auf eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

BESUCH IN DER HAWK IN HOLZMINDEN

Einen ausgezeichneter Austausch hatte ich mit Dekan Prof. Dr. Matthias Weppler und mit Fakultäts-Geschäftsführerin Olga Koch an der HAWK in Holzminden. Beide arbeiten seit dem vergangenen Jahr in ihren Funktionen intensiv daran, Hochschulbildung in unserem ländlichen Raum weiterzuentwickeln und den Standort in der Stadt Holzminden zu stärken. Für das Weserbergland spielt die HAWK mit den vielfältigen Studienangeboten eine eminent wichtige Rolle. Am Ausbau dieses Angebots will die HAWK auch in den kommenden Jahren weiter arbeiten und natürlich werde ich das als Abgeordneter für unsere Region weiter sehr intensiv unterstützen.

FRAGE AN CHRISTIAN LINDNER

In Sitzungswochen können die Bundestagsabgeordneten jeden Mittwoch nach der Kabinettssitzung über die in der Bundesregierung besprochenen Vorhaben Auskunft erhalten und Fragen von aktuellem Interesse im Rahmen der Verantwortlichkeit der Regierung stellen. Die Fragen werden durch die Bundesministerinnen und Bundesministern beantwortet. In der letzten Sitzungswoche war Bundesfinanzminister Christian Lindner für die Beantwortung der Fragen zuständig. Ich habe das genutzt, um Herrn Lindner zwei Fragen zu stellen, um Auskunft über die wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen zu erhalten, die auf europäischer Ebene anstehen. Im Koalitionsvertrag haben wir z.B. festgehalten, dass wir die Bankenunion vollenden wollen, um die europäische Volkswirtschaft und die globale Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Institute zu stärken. Ich habe nach den nächsten konkreten Schritten zur Umsetzung dieses Vorhabens gefragt. Die Antworten vom Bundesfinanzminister zu diesem und vielen weiteren Themen findet ihr hier:

https://dbtg.tv/cvid/7510051

TREFFEN MIT IFA-GENERALSEKRETÄRIN GITTE ZSCHOCH

Eines der vielen spannenden Gespräche der vergangenen Tagen habe ich mit der neuen Generalsekretärin des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) Gitte Zschoch führen können.

Das ifa engagiert sich weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen und agiert als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Es ist weltweit vernetzt und setzt auf langfristige, partnerschaftliche Zusammenarbeit. Da ergeben sich logischerweise viele Berührungspunkte mit meiner Tätigkeit als Mitglied des Europaausschusses und als stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Auf die gute Zusammenarbeit und einen guten und regelmäßigen Austausch.

GESPRÄCH MIT MATTHIAS WEBER (ENRS)

In der letzten Sitzungswoche habe ich mich mit Prof. Matthias Weber, Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa getroffen. Er ist Mitglied im Lenkungsausschuss des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität (ENRS). Dort bin ich seit April 2019 Mitglied im Beirat. Im ENRS haben sich zahlreiche europäische Länder zusammen geschlossen, um sich gemeinsam mit der Aufarbeitung der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert auseinanderzusetzen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Netzwerk trägt sehr zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur bei. Dazu fördert das ENRS den Dialog indem es Projekte, Konferenzen, Workshops, Exkursionen und Ausstellungen organisiert. Es geht darum grenzübergreifende, europäische Ansätze beim Umgang mit Erinnerung und Geschichte zu finden. Mit Matthias Weber konnten wir die Pläne fürs Jahr 2022 besprechen und die Jahrestagung des ENRS vorbereiten. Danke für den Besuch!

Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

Einige Branchen, wie etwa die Veranstaltungsbranche, sind durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus noch immer stark betroffen. Was die Arbeitnehmerinnen– und Arbeitnehmer sowie Unternehmen jetzt brauchen, ist Planungssicherheit. Deshalb verlängern wir die Sonderregelungen für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022. Damit steigt die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 28 Monate. Zudem gelten die Mindesterfordernisse für die Gewährung sowie die erhöhten Sätze des Kurzarbeitergeldes weiterhin (ab dem vierten Monat 70 % bzw. 77 %, wenn Kinder im Haushalt leben; ab dem siebten Monat 80 % bzw. 87 %). Im Gesetzentwurf wird ebenfalls geregelt, dass die Regelungen im Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz über den 31. März 2022 hin-aus gelten. Am 16. Februar ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs geplant. Danach wird der Bundestag über die Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses in 2./3. Lesung am 18. Februar abstimmen.

Für eine nachhaltige Entwicklungspolitik

Seit 1990 hat sich die Zahl der Hungernden weltweit fast halbiert. Neun von zehn Kindern gehen mittlerweile zur Schule. Und immer weniger Menschen sterben an ei-ner AIDS-Erkrankung. Das zeigt: Eine nachhaltige Entwicklungspolitik ist möglich und kann einen Unterschied machen.

Auch Deutschland leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Das dokumentiert alle vier Jahre der Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung, den wir in dieser Woche beraten. Fortschritte wurden unter anderem bei den finanziellen Mitteln erzielt: Seit 2013 hat sich der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mehr als verdoppelt – von 6,3 auf aktuell 13,4 Milliarden Euro. Dabei haben wir den größten Anstieg unserem damaligen Finanzminis-ter Olaf Scholz zu verdanken. Zudem wurde – vor allem auf Drängen des SPD-geführten Bundesarbeitsministeriums – ein nationales Lieferkettengesetz beschlossen.

Mit unserer Ministerin Svenja Schulze geht es künftig vor allem darum, die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Klimawandels auf die Länder des Globalen Südens einzudämmen. Wir wollen dabei auch wieder Staaten Lateinamerikas und Asiens verstärkt in den Blick nehmen.

Die SPD setzt sich auch künftig für ein europäisches Lieferkettengesetz ein, das existenzsichernde Löhne durchsetzt und nicht hinter der deutschen Regelung zurückfällt. Zudem wollen wir im Rahmen einer feministischen Entwicklungspolitik Rechte und Teilhabe von Frauen weltweit stärken.

Heizkostenzuschuss für Menschen mit niedrigen Einkommen

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. Um diese Belastungen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden, schlagen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen einmaligen Heizkostenzuschuss vor. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beraten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Neben 710.000 Wohngeld beziehenden Haushalten (rund 1,6 Millionen Personen) sollen auch rund 370.000 BAföG-Bezieherinnen– und Bezieher und rund 75.000 Aufstiegs-BAföG-Empfängerinnen– und Empfänger sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen, diesen Zuschuss erhalten. Die Auszahlung an Bezie-hende von Wohngeld, Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld erfolgt auto-matisch, Empfängerinnen– und Empfänger von BAföG und Aufstiegs-BAföG erhalten den Zuschuss auf Antrag.

Wohngeldempfängerinnen– und Empfänger erhalten die Einmalzahlung nach Haushaltsgröße gestaffelt, beginnend mit 135 Euro für 1-Personen-Haushalte, 175 Euro für 2 -Personen-Haushalte und 35 Euro Zuschlag für jede weitere Person im Haushalt. (Aufstiegs-) BAföG-Empfängerinnen– und Empfänger erhalten einen Pro-Kopf-Zuschuss in Höhe von 115 Euro.

Ziel ist es, dass die rund 2,1 Millionen Berechtigten den Zuschuss erhalten, noch bevor die Nebenkostenabrechnungen für die Heizperiode vorliegen. Dies ist üblicherweise ab dem Sommer der Fall.

PRESSEMITTEILUNG ZUM BESUCH DER HAMELNER TAFEL IN DER RUTHENSTRASSE

Im Rahmen seiner Besuche der Tafeln in seinem Wahlkreis hat der heimische Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps nun auch die Hamelner Tafel in der Ruthenstraße besucht. Vorstandsmitglied Bernhard Müller und die hauptamtliche Mitarbeiterin Sabine Hundertmark begrüßten den Abgeordneten und erläuterten den Ablauf der Lebensmittelausgabe, sowie die Arbeit des Vorstandes. Im Rahmen eines Praxisvormittags packte Schraps dann in allen Bereichen auch selbst mit an.

"Ich bin schwer beeindruckt, mit welch großem Engagement die Ehrenamtlichen denjenigen helfen, die darauf angewiesen sind die Angebote der Tafel zu nutzen", so der Abgeordnete. Schraps machte deutlich, dass ihn in diesem Zusammenhang beim Besuch auch andere Frage interessiert haben: "Für Menschen mit geringem Einkommen, hat die Bundesregierung als eines ihrer ersten Vorhaben einen einmaligen Heizkostenzuschuss auf den Weg gebracht. Die stark gestiegenen Energiekosten treffen vor allem Menschen mit kleineren Einkommen." Wohngeldbezieher, die alleine leben, bekommen im Sommer einmalig 135 Euro. Zwei-Personen-Haushalte erhalten 175 Euro, für jeden weiteren Mitbewohner sind noch einmal 35 Euro vorgesehen. Die Pauschale ist Teil des Wohngelds, das an alle Haushalte mit niedrigem Einkommen ausgezahlt wird." Der Zuschuss soll bereits im Sommer ausgezahlt werden, wenn die Betriebskostenabrechnung mit den Heizkosten für diesen Winter verschickt werden. „Das Feedback aus den Gesprächen, die ich führen konnte, war sehr positiv. Der Heizkostenzuschusss wird als ausgesprochen wichtige Unterstützung bewertet“, erläutert Schraps seine Eindrücke aus den persönlichen Kontakten.

Gestützt und organisiert wird die Tafel Hameln als eingetragener Verein von einem Vorstand und derzeit 105 Mitgliedern. Sie finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge und vor allem durch Spenden, die immer gern gesehen sind. Ebenso wie auch neue Ehrenamtliche für die Ausgabe. Aus dem Gespräch mit dem Vorstand wurde schnell deutlich, dass diese sehr schwer zu finden sind und jede helfende Hand herzliche willkommen ist.

Der Vorsitzende der Hamelner Tafel Bernhard Wagner dazu: "Auch für den Vorstand werden dringend Ehrenamtliche gesucht, die Freude daran haben die "Tafel Hameln e.V." mit ihren Ausgabestellen in Hameln, Aerzen, Emmerthal und Hessisch Oldendorf zu unterstützen und sich in Ihrer Freizeit einzubringen. Im Rahmen der Lebensmittelausgabe kommen an den Ausgabetagen von Di-Fr. jeden Ausgabetag ca. 50 Kunden. An manchen Tagen sind es auch deutlich mehr." Wagner weiter dazu: „Im Schnitt sind es mit den dahinterstehenden Familien rund 1000 Personen in der Woche, denen wir das Leben etwas erleichtern können. Die Essensausgabe hilft, den finanziellen Spielraum für Familien etwas ausweiten."

Immer mehr Menschen müssen mit geringem Einkommen (auch Rente) ihren Lebensunterhalt sichern. Gespart wird dann oftmals "am Essen". Betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche. Andererseits gibt es Lebensmittel im Überfluss. Die über 948 Tafeln in Deutschland - und so auch die Tafel Hameln - bemühen sich um einen Ausgleich unter dem Motto "Lebensmittel retten - Menschen helfen."

BESUCH DES JOBCENTERS IN HAMELN MIT MARJA-LIISA VOELLERS

Gemeinsam mit meiner Bundestags-Kollegin Marja-Liisa Völlers traf ich mich mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hameln Gerhard Durchstecher und seinem Stellvertreter Henrik Steen zum Austausch. Da der Zuständigkeitsbereich des Standortes Hameln der Agentur für Arbeit die Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden und Schaumburg umfasst, habe ich gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Marja-Liisa Völlers mit der Geschäftsführung ausgetauscht.

Dabei ging es neben der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und den strukturellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Weserbergland auch um die geplanten Sanierungsmaßnahmen am Gebäude der Agentur für Arbeit in Hameln.

Wir drückten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agentur für Arbeit ihren besonderen Dank dafür aus, dass sie insbesondere mit der schnellen Bearbeitung der Anträge für das KUG eine eminent wichtige Stütze für die Überwindung der Pandemie-Auswirkungen in unserem Land sind. Die Sanierung des Gebäudes und die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Standortes in Hameln sind essenziell für unser Region.

Mit Blick auf die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes erläuterten Gerhard Durchstecher und Henrik Steen, dass der Arbeitsmarkt bei uns im Weserbergland zwar verhältnismäßig gut auf die Corona-Umstände reagiert habe, einige Branchen, wie etwa die Veranstaltungsbranche oder auch die Gastronomie, seine durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus aber noch immer stark betroffen. „Was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die Unternehmen jetzt brauchen, ist Planungssicherheit. Das Kurzarbeitergeld ist eine Erfolgsgeschichte. Deshalb haben wir die Sonderregelungen für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022 verlängert. Die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes steigt damit auf bis zu 28 Monate.

Durchstecher und Steen skizzierten uns zudem die Personalentwicklung der Bundesagentur für Arbeit, die auch im Weserbergland vor einem gewissen Generationenwechsel stehe. Dieser in den kommenden Jahren vonstattengehende Personalwechsel bringe mit sich, dass die Arbeitsagentur weiterhin als Arbeitgeber attraktiv sein müsse. Die Investitionen in die Dienststellen der Region seien deshalb notwendig, um auch für die kommenden Jahrzehnte die Arbeit der Agentur zu gewährleisten und damit auch für Arbeitsplatzsicherheit für gut 350 Beschäftigte zu sorgen.

Mit Blick auf die zukünftige Struktur der Agentur für Arbeit erläuterte Durchstecher, dass die zentrale Fragestellung sei, wie die Kundenorientierung sowohl für die Arbeitnehmerinnern und Arbeitnehmer als auch für die Unternehmen in der Region besser gelingen und neu organisiert werden könne. Dies solle vor allem durch eine verstärkte Digitalisierung der Prozesse bei gleichzeitiger Stärkung des individuellen und persönlichen Beratungsangebots in allen beruflichen erfolgen. Dazu gehört auch, jungen Menschen eine verbesserte berufliche Orientierung geben zu können. Der Plan sei, dies mit mehr Planstellen direkt an den Schulen für den Bereich der Berufsorientierung vor Ort zu ermöglichen.

Der Austausch mit der Agentur für Arbeit vor Ort ist mir persönlich immer sehr wichtig. Hier können wir Politikerinnen und Politiker nochmal ein besseres Bild machen und was nun genau hinter den nackten Zahlen steckt. Fürs erste ist es immer wieder schön zu hören, was für ein wichtiger Bestandteil die sozialdemokratische Maßnahme - das Kurzarbeitergeld - für die Abmilderung der Pandemiefolgen auf dem Arbeitsmarkt bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Darüber hinaus ist es für uns als SPD auch wichtig mit den Arbeitsagenturen in Kontakt zu treten, um zu diskutieren, wie wir das Vorhaben des neuen Bürgergeldes am besten umsetzen können. In diesem Sinne war es ein sehr interessanter Austausch und ich freue mich schon auf den nächsten.

Im Gespräch ist auch noch einmal klar geworden, unter welch hoher Arbeitsbelastung die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die pandemiebedingt im Schichtdienst sind, auch durch das Kurzarbeitergeld arbeiten. Dafür mein herzlicher Dank an alle, die für eine schnelle und reibungslose Abwicklung im Sinne der Unternehmen und deren Mitarbeiter sorgen.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva